

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 21. November 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Dr. Küntzer  
Stadtrat Rank  
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)  
Stadträtin Schwab (außer Ziffer 2)  
Stadträtin Stocker  
Stadträtin Wallrapp (ab Ziffer 4)  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier  
2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene  
Stadtrat Jeschke  
Stadtrat Dr. Kröckel  
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Lorenz (ab Ziffer 1)  
Stadtrat May  
Stadtrat Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt (außer Ziffer 12)

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtfrau Hartmann

Amtsrat Teichmann  
Dipl.-Ing. Lepelmann  
Oberamtsrat Körner (Ziffer 3)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Konrad

## Stadtrat Straßberger

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Oberbürgermeister Moser auf den vorliegenden Eilantrag der UsW-Stadtratsfraktion. Dieser bezieht sich auf die Problematik hinsichtlich des Sprinklerbeckens. Die UsW beantragt u.a. die Prüfung, ob ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliegt und wollen den/die Verantwortlichen benannt haben.

Stadtrat Müller begründet anschließend den Antrag und fordert insbesondere eine Aufstellung über die Kosten und wer die Verantwortung hierfür trägt.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass über den Eilantrag in der heutigen Sitzung abgestimmt werden muss, um in der nächsten Sitzung darüber beraten zu können.

Aufgrund der Zusage von Oberbürgermeister Moser, die gewünschten Informationen an den Stadtrat zu geben, verzichtet Stadtrat Müller auf eine Abstimmung über den Eil-Antrag der UsW-Fraktion.

1. Finanzielle Abwicklung des Haushaltsjahres 2002  
Zwischenbericht zum 30.09.2002

**- Ohne Abstimmung -**

Von dem in der Anlage beigefügten Zwischenbericht zur Haushaltsabwicklung 2002 wird Kenntnis genommen.

2. Abschlussbericht zur Freibadsaison 2002

**- Ohne Abstimmung -**

Von dem in der Anlage beigefügten Abschlussbericht zur Freibadsaison 2002 wird Kenntnis genommen.

3. Vorlage von Budgetberichten (Stand: 30.09.2002)

**- Ohne Abstimmung -**

Von der Sachinformation der Verwaltung sowie von den vorgelegten Budgetberichten der Organisationseinheiten wird Kenntnis genommen.

4. Schrannenstraße 35

## Gemeinsame Nutzung von Bürgerzentrum und Stadtjugendpflege

### A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

#### a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Stadtratsfraktion stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, befürworten also eine gemeinsame Unterbringung des Bürgerzentrums und der Stadtjugendpflege im Gebäude Schrankenstraße 35. Sie verlangt allerdings auch den Einzug der Stadtjugendpflege noch im Jahr 2002.

#### b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD-Fraktion freut sich über den Antrag des Jugendreferenten und befürwortet ebenso den Einzug der Stadtjugendpflege noch in diesem Jahr.

Die SPD hält es zudem für sinnvoll, die beiden Einrichtungen – Bürgerzentrum und Stadtjugendpflege – in einem Gebäude unterzubringen. Sie besteht auch darauf, dass das Gebäude Fischergasse 48 so schnell wie möglich auf dem Markt angeboten wird.

#### c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion stimmen dem Vorschlag der Verwaltung unter der Voraussetzung zu, dass alle Vereine des Bürgerzentrums e.V. in dem Gebäude in der Schrankenstraße 35 Platz finden. Bezüglich des Umzugs der Stadtjugendpflege in das ehemalige Jugendhaus bittet auch die UsW um schnelle Umsetzung. Hinsichtlich des notwendigen Brandschutzes bestehen sie auf genaue Überprüfung und Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten.

#### d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Stadtratsgruppe stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

#### e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK-Stadtratsgruppe tritt für die Schaffung eines Büros der Stadtjugendpflege in der Schrankenstraße 35 ein, spricht sich aber gegen die Einrichtung eines zentralen Jugendtreffs aus. Bezüglich des Einzugs des Bürgerzentrums regt sie eine Eigenbeteiligung derer an. Den Einzug der Stadtjugendpflege in 2002 befürworten sie ebenfalls.

#### f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

### B) Stadtrat Schmidt bittet noch darum, genau festzulegen, welche Räumlichkeiten von der Stadtjugendpflege und welche Räume vom Bürgerzentrum beansprucht werden.

### C) – **Mit 28 : 0 Stimmen** –

- 1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Räumlichkeiten im Gebäude Schrankenstr. 35 werden der Stadtjugendpflege und dem Bürgerzentrum zur Verfügung gestellt. Die Stadtjugendpflege zieht noch im Jahr 2002 ein.
- 3.) Die notwendigen Brandschutzauflagen werden erfüllt.
- 4.) Die erforderlichen Mittel für die Brandschutzauflagen werden bereitgestellt.

- D) Stadtrat Weiglein stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er besteht darauf, dass künftig zuerst die Stellungnahmen der Fraktionen gehört werden.

#### 5. Nutzungsänderung Betriebswohnungen

Rudolf-Diesel-Straße 1, Fl.Nr. 5927/9

Antragsteller: W. Paulig GmbH & Co. KG, Rüdenhausen

- A) Im Anschluss an den Sachvortrag durch Dipl.-Ing. Lepelmann schlägt Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel eine neue Formulierung des Beschlusssentwurfes vor, über die dann auch Beschluss gefasst wird.

#### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion stimmt dem Vorschlag der Verwaltung und dem neu formulierten Beschlusssentwurf zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt ebenfalls zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Auch die UsW-Fraktion gibt ihre Zustimmung.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Gruppe stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK schließt sich der Auffassung der Verwaltung an.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

#### C) – **Mit 26 : 2 Stimmen** –

Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Nutzungsänderung von Betriebswohnungen in „Normalwohnungen“ auf Fl.Nr. 5927/9 – Rudolf-Diesel-Straße 1 – wird unter der Auflage der vorherigen dinglichen Sicherung durch Eintrag einer Duldungsdienstbarkeit ins Grundbuch, zugestimmt.

#### 6. Unterschutzstellung von Gebäuden gemäß Art. 1 Denkmalschutzgesetz (DschG)

#### A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt der Unterschutzstellung der Gebäude zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Auch die SPD erteilt der Unterschutzstellung ihre Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion stimmt nicht zu. Sie ist der Auffassung, dass der Ursprung der beiden Gebäude verloren gegangen ist.

- d) FBW-Stadtratsgruppe:  
Die FBW befürwortet die Unterschutzstellung der beiden Gebäude.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:  
Die KIK stimmt zu.
- f) ÖDP-Stadtratsgruppe:  
Stadträtin Schmidt stimmt ebenfalls zu.

**B) – Mit 20 : 8 Stimmen –**

Die Stadt Kitzingen gibt im Unterschutzstellungsverfahren gem. Art. 1 DschG folgende Stellungnahme ab:

**Heinrich-Fehrer-Straße 1, 97318 Kitzingen, Fl.Nr. 5475**

Der geplanten Unterschutzstellung wird zugestimmt.

**Kanzler-Stürtzel-Straße 2, 97318 Kitzingen, Fl.Nr. 1223/1**

Der geplanten Unterschutzstellung wird zugestimmt.

**Oberbürgermeister Moser unterbricht die Sitzung von 18.45 – 18.55 Uhr.**

**7. Stadthalle für Kitzingen**

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist eingangs darauf hin, dass am heutigen Tag ein Fax der Fa. DEMACON eingegangen ist und liest dieses kurz vor.  
Oberbürgermeister Moser fügt noch an, dass aufgrund des Faxes nun weitere Verhandlungen mit der Fa. DEMACON geführt werden.
- B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:
  - a) CSU-Stadtratsfraktion:  
Stadtrat Weiglein geht im Namen der CSU-Fraktion kurz auf die vergangene Diskussion ein und weist auch noch einmal darauf hin, dass die Verwaltung bereits im Jahr 2000 erfahren hat, dass das Dekanatszentrum im Jahr 2005 geschlossen wird. Er hat sich erhofft, dass die Verwaltung etwas zeitnaher diesbezüglich arbeitet. Des Weiteren fordert die CSU, dass innerhalb der Verwaltung eine verantwortliche Person benannt wird.
  - b) SPD-Stadtratsfraktion:  
Die SPD bezieht sich auf die gewünschte Benennung einer verantwortlichen Person innerhalb der Verwaltung. Sie ist der Auffassung, dass eine Person dies nicht schaffen kann. Sie bestehen darauf, dass während den weiteren Verhandlungen mit der Fa. DEMACON gleichzeitig weitere Investoren gesucht werden.
  - c) UsW-Stadtratsfraktion:  
Die UsW schließen sich im Wesentlichen ihrer Vorredner an. Sie bittet auch darum, sich in der Wahl des Standortes noch nicht festzulegen, sondern dies vielmehr dem Investor zu überlassen.
  - d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Gruppe ist ebenfalls der Meinung, den Standort noch offen zu lassen und keine Einschränkungen zuzulassen.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK erteilt ihre Zustimmung unter der Voraussetzung, dass der Standort geklärt ist und die Kosten vorliegen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt sieht die Dringlichkeit und auch den Bedarf nicht. Sie hat Bedenken, dass eine Stadthalle eine Konkurrenz für die Alte Synagoge darstellt.

C) Stadtrat Dr. Küntzer besteht darauf, dass der Beschlussentwurf erweitert wird um die Benennung eines Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung und um die Festsetzung eines zeitlichen Rahmens.

Stadtrat Rank regt noch an, auch das Deustergrundstück in die Standortsuche miteinzubeziehen.

**F) – Mit 26 : 2 Stimmen –**

1. Die Mindestvorgaben für eine Veranstaltungshalle der Stadt Kitzingen sollte die in der Anlage 4 vorgegebenen Rahmendaten erfüllen.
2. Die Stadt Kitzingen kann aus finanziellen Gründen weder Investor noch Betreiber sein. Die Stadt könnte sich lediglich an den Investitionen beteiligen (z.B. Grundstücksüberlassung/Verpachtung und tageweise Anmietung der Halle, z.Zt. 5 – 10 Veranstaltungen p.a.).
3. Die bisher angebotenen Projekte (Dekanatszentrum, DEMACON, Schützen, Wittmann (Achtelstätter), Gelände Hallenbad (May) eignen sich z.Zt. nicht, weil die unter 2. dargestellten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.
4. Die Verwaltung wird erneut die bisherigen Interessenten anschreiben und auf der Grundlage des Beschlusses eine Stellungnahme bis Ende 2002 erbitten, und dem Stadtrat erneut berichten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Investorensuche eine Informationsbroschüre zu erstellen und einen Projektverantwortlichen zu benennen. Die Möglichkeit, einen externen Projektverantwortlichen zu finden, ist zu prüfen

G) Stadträtin Schmidt gibt zu Protokoll, dass sie nicht gegen eine Stadthalle ist, sich aber dafür ausgesprochen hätte, einen anderen Weg einzuschlagen.

Stadtrat Popp ist ebenfalls grundsätzlich nicht gegen eine Stadthalle, hätte sich aber gewünscht, weitere Verhandlungen in Sachen Dekanatszentrum zu führen.

**8. Schließung des Sportzentrums im Sickergrund in allen Schulferien**

**- Mit 28 : 0 Stimmen –**

Das Sportzentrum im Sickergrund wird wie bisher in den Schulferien nur zum Teil geschlossen, und zwar in folgenden Zeiten:  
jeweils die erste Woche der Oster- und Pfingstferien, 4 Wochen im August, von Heiligabend bis zum 5. Januar.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine verstärkte Belegung in den Ferien zuzulassen.

## 9. Übertragung des Schließdienstes in den Sportanlagen auf die Vereine

**- Mit 28 : 0 Stimmen –**

1. Aufgrund der zu erwartenden Folgekosten für Reparaturen und Nachkäufe an kleinen Sportgeräten und aufgrund der zu erwartenden Schwierigkeiten für die Abrechnung des tatsächlich durchgeführten Sportbetriebs wird die generelle Übertragung des Schließdienstes in den Sportanlagen der Stadt Kitzingen auf die Vereine abgelehnt.
2. In Einzelfällen kann aber, wie auch bisher schon praktiziert, eine Übertragung des Schließdienstes an einzelne Vereine erfolgen (z. B. für eine Veranstaltung).

Die Verwaltung wird prüfen, ob weitere Möglichkeiten diesbezüglich bestehen.

## 10. Pachtvertrag mit der Fa. Tiefenbacher – Plakatanschlag; hier: Kündigung des Pachtvertrages

**- Mit 25 : 3 Stimmen –**

Der Pachtvertrag mit der Fa. Tiefenbacher – Plakatanschlag läuft weiter.  
Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Standorte für die Plakatanschlagtafeln in Zusammenarbeit mit der Fa. Tiefenbacher zur Verfügung zu stellen.

Zukünftig werden auch die im Pachtvertrag genannten Angebote der Fa. Tiefenbacher wahrgenommen (z.B. einmal jährlicher, überregionaler und kostenloser Plakatanschlag).

## 11. Nutzung der Parkgarage „Am Main“ für Veranstaltungen

- A) Aufgrund der vorangegangenen Diskussion schlägt Oberbürgermeister Moser vor, dem Antragsteller die Veranstaltung als Probelauf zu genehmigen. Innerhalb der Verwaltung sollten Überlegungen getroffen werden, inwieweit der Parkplatz des Lebensmittelmarktes Comet miteinbezogen werden kann.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß besteht dann aber auf eine Haftungsfreistellung des Stadtrats gegenüber der Verwaltung.

Stadtrat Müller äußert Bedenken hinsichtlich der Problematik mit den Anwohnern und erinnert an das Weinfest.

**B) – Mit 13 : 15 Stimmen –**

Es besteht Einverständnis damit, dass in der Parkgarage „Am Main“ die Durchführung von 1 Veranstaltung zur Probe genehmigt wird. Die Voraussetzungen für die Genehmigung sind von der Verwaltung festzusetzen.

**Dafür stimmen (13):**

Bgm. Böhm, Stadtrat Haag, Stadtrat Heisel, Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene, Stadtrat Dr. Küntzer, Stadtrat Mahlmeister, Stadtrat Popp, Stadtrat Rank, Stadtrat Schardt, Stadträtin Schwab, Stadträtin Stocker, Stadträtin Wallrapp, Stadtrat Weiglein

**Dagegen stimmen (15):**

Oberbürgermeister Moser, Stadträtin Baier, Stadtrat Ferenczy, 2. Bgmin. Gold, Stadträtin Heisel, Stadtrat Jeschke, Stadtrat Dr. Kröckel, Stadtrat Ley, Stadtrat Lorenz, Stadtrat May, Stadtrat Müller, Stadträtin Richter, Stadträtin Schmidt, Stadtrat Schmidt, Stadträtin Wachter

## 12. Ortsrecht:

### Änderung der „Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sowie anderer Auszeichnungen der Stadt Kitzingen“

A) Stadtrat Heisel spricht sich dafür aus, die Bürgermedaille für Stadtratsmitglieder aus dem § 4 der Satzung zu streichen.

#### **B) – Mit 27 : 0 Stimmen –**

Die Verleihung einer Bürgermedaille an Stadtratsmitglieder wird aus dem § 4 der „Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sowie anderer Auszeichnungen der Stadt Kitzingen“ gestrichen.

#### **C) – Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. § 4 der „Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sowie anderer Auszeichnungen der Stadt Kitzingen“ wird wie folgt geändert:

#### „§ 4

#### Verleihung einer Bürgermedaille

- (1) Die Stadt Kitzingen verleiht bei besonderen Anlässen eine Bürgermedaille in reinem Gold, in reinem Silber sowie in Bronze in Form einer Nachbildung des bisher ältesten im Stadtarchiv aufgefundenen Stadtsiegels.
- (2) Die Bürgermedaille in Gold wird verliehen an BürgerInnen und Personen, die mit der Stadt Kitzingen besonders verbunden sind und sich hervorragende Verdienste um das Wohl der Stadt Kitzingen erworben haben. Eine Verleihung ist insbesondere gerechtfertigt bei
  - größeren Schenkungen an die Stadt Kitzingen
  - hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen
  - außerordentlichen Verdiensten auf kulturellem Gebiet
  - langjährigem selbstlosen Wirken zum Wohle der Allgemeinheit
  - 50-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in einem Kitzinger Verein (Vorschlagsrecht aus den Vereinen)
- (3) Die Bürgermedaille in Silber wird verliehen an BürgerInnen und Personen, die mit der Stadt Kitzingen besonders verbunden sind und sich besondere Verdienste um das Wohl der Stadt Kitzingen erworben haben.

Die Bürgermedaille in Silber wird insbesondere dann verliehen, wenn die Verdienste eine Verleihung der Bürgermedaille in Gold noch nicht rechtfertigen.

Eine Verleihung der Bürgermedaille in Silber ist auch gerechtfertigt bei

- 40-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in einem Kitzinger Verein (Vorschlagsrecht aus den Vereinen)

(4) Die Bürgermedaille in Bronze wird verliehen an Bürger und Personen, die mit der Stadt Kitzingen besonders verbunden sind, wenn sie sich insbesondere in den Bereichen der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft in Kitzingen Verdienste erworben haben.

Sie wird auch verliehen für langjähriges Wirken im Dienste der Allgemeinheit.

Eine Verleihung der Bürgermedaille in Bronze ist auch gerechtfertigt, bei

- 25-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in einem Kitzinger Verein (Vorschlagsrecht aus den Vereinen)

(5) Mit der Bürgermedaille wird gleichzeitig eine entsprechende Urkunde ausgehändigt.

(6) Jährlich werden nur bis zu zwei Bürgermedaillen verliehen.

(7) Vorschläge für die Verleihung einer Bürgermedaille können von Stadtratsmitgliedern, von den Vereinen sowie von Bürgern der Stadt Kitzingen eingereicht werden.

(8) Die Bürgermedaille wird Eigentum der geehrten Person. Beim Ableben verbleibt die Bürgermedaille und die Urkunde bei den Erben.“

2. Die Verleihung von Bürgermedaillen findet im Rahmen des Neujahrsempfangs statt.

### 13. Hinweis von Oberbürgermeister Moser

#### Diskussion und Abstimmung über neue Geschäftsordnung

A) Oberbürgermeister Moser erinnert an den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung. Er bittet darum, die Vorschläge und Stellungnahmen der Fraktionen bzw. Gruppen bis zum 05.12.2002 an die Verwaltung mitzuteilen.  
Im Stadtrat besteht Einigkeit darüber, dass die Frist zu kurz bemessen ist. Aus der Mitte des Stadtrats wird deshalb vorgeschlagen, die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen auf den 31.01.2003 zu verschieben und die jetzige Geschäftsordnung bis zum 31.03.2003 weiterzuverwenden.

**B) – Mit 28 : 0 Stimmen –**

Die Gültigkeit der aktuellen Geschäftsordnung wird auf den 31.03.2003 festgesetzt.  
Die Vorschläge und Stellungnahmen der Fraktionen bzw. Gruppen sind bis zum 31.01.2003 einzureichen.

### 14. Anfrage von Stadträtin Stocker:

#### Einweihung „Luftkriegstotenhain“ im Neuen Friedhof

Stadträtin Stocker bezieht sich auf die Einweihung des sanierten Luftkriegstotenhains im Neuen Friedhof und möchte wissen, warum die Stadtratsmitglieder hierzu nicht eingeladen worden sind.

Oberbürgermeister Moser entschuldigt sich für dieses Versäumnis.

15. Hinweis von Stadtrat Schardt:

Tagesordnungspunkt für Verwaltungssenatssitzung streichen

Stadtrat Schardt bezieht sich auf die vorliegende Tagesordnung der Verwaltungssenatssitzung und bittet darum, den Punkt hinsichtlich der Grünfeilregelung zu streichen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dies nur in Form eines Antrages in der Verwaltungssenatssitzung selbst vorgenommen werden kann. Er sagt zu, zu diesem Punkt einen Verantwortlichen des Straßenbauamtes einzuladen.

16. Bitte von Stadtrat Müller:

Mithilfe bei Stellplätzen für dezentrale Jugendtreffs

Stadtrat Müller bittet die Verwaltung um Unterstützung hinsichtlich der Stellplatzsuche für Bauwägen, die als dezentrale Jugendtreffs dienen sollen.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.35 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose